



DIE BAYERISCHE STAATSMINISTERIN FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

An die
Landesschülervertretung Bayern
z. Hd. Herrn Oliver Kohmann
Am Buchenweg 6

München,

Az.: VI/9-S4340-8/63128
MinNr.: 4037

97464 Oberwerrn

**Antrag auf Förderung
Bayerisches Schülerinnen- und Schüler-Symposium 2000**

Sehr geehrter Herr Kohmann,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben, in dem Sie sich, wie schon vor etwa einem Jahr Frau Isabel Strehle, für die Einrichtung einer Landesschülervertretung aussprechen und um finanzielle Unterstützung in erheblicher Höhe bitten. Sie haben sich ebenfalls an Herrn Staatssekretär Karl Freller gewandt; auch in seinem Namen möchte ich Ihnen antworten.

Die mit der Einrichtung einer landesweiten Schülervvertretung unvermeidbare Funktionstätigkeit widerspricht nicht nur dem Wesen der Schülermitverantwortung, sie führt auch durch die Wahrnehmung umfangreicher Aufgaben über die einzelne Schule hinaus zu einer Überforderung der Schüler. Die sachlichen Anliegen einzelner Schüler und die Zielsetzungen an einzelnen Schulen können durch eine überschulische, landesweite Schülervvertretung nicht befriedigend behandelt werden; die Schülervvertreter klagen selbst darüber, wie schwer ihre Mitschüler zu engagiertem Handeln oder zu Veranstaltungen an ihren Schulen zu bewegen seien.

Die Schülervvertretungen schöpfen noch bei weitem nicht die Möglichkeiten der Schülermitverantwortung aus, die ihnen offen stehen; es ist wesentlich wichtiger, die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler zu stärken, als ein weiteres Gremium zu schaffen, das – schon durch seinen großen Abstand – die konkrete Arbeit vor Ort nicht nachhaltig voranbringen kann.

Die Schule ist zudem kein Ort, um politische Forderungen zu artikulieren. Schüler, die bildungspolitische Auseinandersetzungen führen wollen, finden ihren Platz bei Jugendverbänden und den Jugendorganisationen der Parteien. Sachlichen Argumenten wird das Staatsministerium immer offen sein, gleich von welcher Seite sie kommen.

Ein politisches Mandat haben Schülervvertreter nicht. Dass die Bezirksschülersprecher von den Schülersprechern und diese wiederum von den Klassensprecherversammlungen gewählt werden, bedeutet nicht, dass sie damit die Schüler an Gymnasien in der öffentlichen Diskussion vertreten können. Eine landesweite Vertretung aller Schüler an bayerischen Gymnasien kann weder der Altersspanne der Schüler zwischen 10 und 20 Jahren und den dort vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen noch den regionalen und die Ausbildungsrichtung betreffenden Unterschieden gerecht werden.

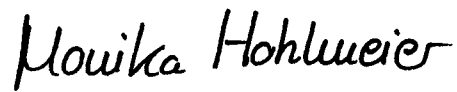
Die Gründung einer Landesschülervvertretung und ihre gesetzliche Festlegung im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) erscheint mir aus den angeführten Gründen nicht sinnvoll. Ein diesbezüglicher am 29.04.1998 (Drucksache 13/11002) von der Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag eingebrachter Antrag wurde sowohl im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 30. Juni 1998 als auch im Plenum des Landtags am 8. Juli 1998 abschlägig verbeschieden; dies zeigt, dass auch der Gesetzgeber meine Auffassung bestätigt.

Wie Schülervvertreterinnen und –vertreter z. B. im Landesschulbeirat oder bei der jährlichen Besprechung der Bezirksschülersprecher der Gymnasien gemeinsam mit den Ministerialbeauftragten im Kultusministerium aus persönlicher Erfahrung sicherlich wissen, liegt mir sehr viel daran, dass ihre Ansichten und Meinungen zur Sprache kommen und auch ernst genommen werden. Ich meine, dass mit Hilfe dieser Aussprachen die Kontinuität in der Vertretung der Schülerinteressen gestärkt werden kann. In dieselbe Richtung gehen die Bemühungen des Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft SMV, Herrn Oberstudiendirektor Hans Götz, der gemeinsam mit engagierten Schülerinnen und Schülern wichtige Aussagen und Standpunkte des Staatsministeriums zu Fragen der SMV-Tätigkeit derzeit EDV-technisch erfasst, so dass die Bezirksschülersprecher jederzeit darauf zurückgreifen können.

Es liegt mir also fern, Schülermitverantwortung zu blockieren, sondern ich bin gewillt, sie im Gegenteil im Rahmen der bestehenden bewährten Einrichtungen nach dem BayEUG bestmöglich zu fördern. Gerade auch der im letzten Jahr verstärkte Meinungsaustausch belegt dies.

Auch ist das Staatsministerium gerne bereit, Treffen, Symposien etc. dann mit zu finanzieren oder selbst durchzuführen, wenn gewährleistet ist, dass diese der Arbeit der von Schülerinnen und Schülern gewählten Schülervertretern dienen und diese daran teilnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Monika Hohlmeier". The script is cursive and fluid.

Monika Hohlmeier